

## Die Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland

*„Man hat zu tun mit dem deutschen Schicksal  
und deutscher Schuld, wenn man als Deutscher geboren ist.“*  
Thomas Mann

### 1. ALLGEMEINE ENTWICKLUNG 1945 - 1949

#### FAZIT VON 12 JAHREN NAZI-HERRSCHAFT FÜR DEUTSCHLAND GANZ ZU SCHWEIGEN VON DEN VERBRECHEN AN DEN ANDEREN VÖLKERN:

- ca. Ein Viertel des Staatsgebiets ging verloren
- der deutsche Staat verlor seine Souveränität und für 45 Jahre seine Einheit
- 5,5 Millionen Tote (ca. 8% der Bevölkerung) -
- Ermordung der jüdischen deutschen Bürgerinnen und Bürger
- 4 Millionen Kriegsinvaliden
- 7,5 Millionen Obdachlose
- 12 Millionen Deutsche verloren ihre Heimat
- 10 Millionen Kriegsgefangene
- Vertreibung vieler bedeutender deutscher Wissenschaftler und Künstler und damit ein immenser Schaden für die deutsche Wissenschaft und kulturelle Entwicklung
- Zerstörung zahlloser Kulturgüter
- schließlich wurde durch die einzigartigen Verbrechen der Nazis das Ansehen des deutschen Volkes schwer geschädigt

Quelle: [http://www.muehe.muc.kobis.de/lfsklkg/deutschland1945\\_loesung.htm](http://www.muehe.muc.kobis.de/lfsklkg/deutschland1945_loesung.htm)

#### **4 Besatzungszonen:**

- amerikanische
  - englische
  - französische
  - sowjetische
- 
- die Hauptstadt „Großdeutschlands“ wurde auch in die 4 Besatzungszonen geteilt

- bis 1955 kamen fast 8 Millionen Heimatvertriebene in die BRD → sie machte 17 % der Bevölkerung der BRD
- die Notwendigkeit einer schneller Integration von den Flüchtlingen → **Bundesvertriebenengesetz** (erlassen 1953) → sie wurden bei der Vergabe von Wohnungen und Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst bevorzugt
- die Kriegsgefangenen → kehrten sich bis 1955 aus der Kriegsgefangenschaft zurück → **das Heimkehrergesetz** (erlassen 1950) → materielle und immaterielle Förderung → Entschädigung
- die Errichtung des Alliierten Kontrollrates → als höchste Regierungsgewalt in Deutschland eingesetzt → aufgelöst 1955
- die Neuaufbau der Justiz und Verwaltung → Probleme: es war sehr schwer, die unbelasteten Richter zu finden
- Kritik des Positivismus von **Gustav Radbruch** → der blinde Gesetzesgehorsam
- zuerst wurde mit der Neuaufbau in der amerikanischen Zone mit dem Wiederaufbau der Selbstverwaltung auf der Ebene der Gemeinden und Kreise begonnen
- die Neubildung von Ländern wurde zwischen 1945-47 durchgeführt
- am 19.9. 1945 wurden die Länder Bayern, BW und Hessen in der amerikanischen Zone errichtet
- im Sommer 1946 wurden die verfassungsgebenden Versammlungen gewählt → Verabschiedung von Verfassungen
- Marschall-Plan
- 1948 → die sowjetische Blockade Ostberlins → die Luftbrücken

## 2. DIE GRÜNDUNG DER BRD

- der sowjetische Gesandte verließ am 20. März den Alliierten Kontrollrat
- Währungsreform vom 20. Juni 1948
- am 24. Juni 1948 wurde die Berlinblockade verhängt
- der Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee traf sich vom 10. bis 23. August 1948 zur Vorbereitung dieser Versammlung
- der Parlamentarische Rat trat am 1.9. 1948 zusammen → Bonn → Vorsitz Konrad Adenauer → die Ausarbeitung des Grundgesetzes
- Auflösung der Militärregierungen in der Westzonen
- am 12. Mai wurde die sowjetische Blockade Berlins aufgelöst
- die Landtage nahmen das Grundgesetz an
- es gab keine Volksabstimmung
- am 23. Mai 1949 wurde das Grundgesetz verkündet → die BRD entstand
- am 14. August 1949 → die erste Wahl zum Bundestag → es Arden elf Parteien vertreten
- am 7. 9. 1949 → die erste Sitzung des Bundestages und Bundesrates

- Theodor Heus wurde zum ersten Präsidenten gewählt

---

## 3. DIE DEUTSCHEN KANZLER – EIN ÜBERSICHT

---

- Konrad Adenauer 1949 – 1963
- Ludwig Erhard 1963 – 1966
- Kurt Georg Kiesinger 1966 – 1969
- Willi Brandt 1969 – 1974
- Helmut Schmidt 1974 – 1982
- Helmut Kohl 1982 – 1998
- Gerhard Schröder 1998 – 2005
- Angela Merkel 2005 - ?

---

## 4. DIE PARTEIEN IN DER BRD

---

**SPD:** Die „West-SPD“ war um Kurt Schumacher organisiert ("Büro Schumacher") und verfolgte sozialdemokratische Ziele.

Sie lehnte eine Vereinigung mit der KPD ab. Schumacher legte die West-SPD auf eine antikommunistische Einstellung fest.

Dennoch trat sie für eine grundlegende Neuordnung der Gesellschaft ein (Sozialisierung und Planwirtschaft)

**CDU:** Sie stellte (wie ihre Ost-Schwester) eine neue Partei und eine weit gespannte überkonfessionelle Sammelbewegung (aus ehemaliger Zentrumspartei, DDP, DVP, DNVP,...) dar.

**CSU:** (Christlich Soziale Union) nur in Bayern vertreten. Prinzipiell wie CDU, aber stärker föderalistisch), aus ehemaliger BVP und Bayerischer Mittelpartei entstanden.

**FDP:** (Freie Demokratische Partei) Sie war eine Vereinigung von z.T. recht schwachen Landesverbänden oder Liberalen.

---

**KPD:** Entsprech in ihrer Programmatik der KPD der SBZ und forderte auch im Westen die Vereinigung mit der SPD, was jedoch aufgrund der Haltung Schumachers unrealistisch war. Sie vertrat später immer den Kurs der SED. → später verboten

Übernommen aus: <http://www.muehe.muc.kobis.de/lfshklkg/parteigrundungen.html>

---

## WELCHE PROGRAMMATIK VERFOLGTEN SPD UND KPD?

---

**KPD:** - Staat schafft weitreichende Arbeitnehmerrechte ( z.B. Schutz von Werktätigen, tarifliche Regelung der Lohnbedingungen, etc.)  
- Kriegsverbrecher, Nazibonzen, Großgrundbesitzer und Adel werden enteignet  
- Bodenreform (verbunden mit Enteignung)  
- alle lebenswichtigen Betriebe werden vom Staat übernommen  
- außenpolitisches Ziel: friedliche Beziehungen zu anderen Ländern; zeigen von Reue  
- Sowjetunion nicht als Vorbild, Mehrparteiensystem erwünscht ( zu Beginn der KPD)

**SPD:** - Wiederherstellung der Grundversorgung ( z.B. Nahrungsmittel, Rohstoffe, Landwirtschaft)  
- kommunale Selbstverwaltung in Bezug auf die Sicherung des lebensnotwendigen Bedarfs  
- Wiederaufbau der Wirtschaft, des Handwerks, des Handels, des ( vereinfachten) Steuerwesens  
- soziale und demokratische Erziehung der Jugend; Förderung der Kultur  
- soziale Reformen des Arbeitsrechts, der Sozialversorgung, des Grundbesitzes, etc.  
- Verstaatlichung wichtiger Bereiche wie z.B. Banken, Schwerindustrie  
- Enteignungen von Großgrundbesitz

Übernommen aus: [http://www.muehe.muc.kobis.de/lfshklkg/Arbeiterparteien\\_Programmatik.html](http://www.muehe.muc.kobis.de/lfshklkg/Arbeiterparteien_Programmatik.html)

---

## 5. DAS GRUNDGESETZ FÜR DIE BRD

---

- "Grundgesetz" statt "Verfassung"

---

### STRUKTUR DES GRUNDGESETZES:

---

Präambel  
I. Die Grundrechte

- II. Der Bund und die Länder
- III. Der Bundestag
- IV. Der Bundesrat
- IVa. Gemeinsamer Ausschuss
- V. Der Bundespräsident
- VI. Die Bundesregierung
- VII. Die Gesetzgebung des Bundes
- VIII. Die Ausführung der Bundesgesetze und die Bundesverwaltung
- VIIIa. Gemeinschaftsaufgaben
- IX. Die Rechtsprechung
- X. Das Finanzwesen
- Xa. Verteidigungsfall
- XI. Übergangs- und Schlussbestimmungen

## ▪ Die „Ewigkeitsklausel“ des Art. 79 Abs. 3 GG

### Artikel 79

- (1) Das Grundgesetz kann nur durch ein Gesetz geändert werden, das den Wortlaut des Grundgesetzes ausdrücklich ändert oder ergänzt...
- (2) Ein solches Gesetz bedarf der Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder des Bundestages und zwei Dritteln der Stimmen des Bundesrates.
- (3) Eine Änderung dieses Grundgesetzes, durch welche die Gliederung des Bundes in Länder, die grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung oder die in den Artikeln 1 und 20 niedergelegten Grundsätze berührt werden, ist unzulässig.

### Einteilung Grundgesetz

Grundrechte Artikel 1 – 19	Bund und Länder Artikel 20 – 37	Bundesorgane Artikel 38 – 69 Artikel 92ff	Gesetzgebung Artikel 70 – 91	Weitere Bestimmungen Rechtsprechung Verteidigung usw.
-------------------------------	---------------------------------------	---	---------------------------------	---

Verfassungsgrundsätze Artikel 1 und 20 / 28 (Ewigkeitsgarantie Art. 79 III)

---

## DIE GRUNDRECHTE

---

### Zusammenfassung Grundrechte

#### WAS?

- individuelle Rechte
- in der Verfassung verliehen
- vom Staat garantiert
- binden die drei Staatsgewalten (Art. 1 III GG)

#### WARUM?

Abwehrrechte des Einzelnen gegen den Staat

#### FÜR WEN?

- Natürliche Personen
- Juristische Personen (inländisch, privates Recht), wenn anwendbar (Art. 19 III GG)

#### WO?

Grundrechtekatalog und Art. 93 I Nr. 4a GG

staatsrecht.honikel.de

Quelle: <http://staatsrecht.honikel.de/de/grundrechte.htm>

## Einteilung der Grundrechte

Allgemeine Grundrechte

Spezielle Grundrechte

Freiheitsrechte

Gleichheitsrechte

Schutzgarantien

Menschenrechte

Bürgerrechte

Abwehrrechte

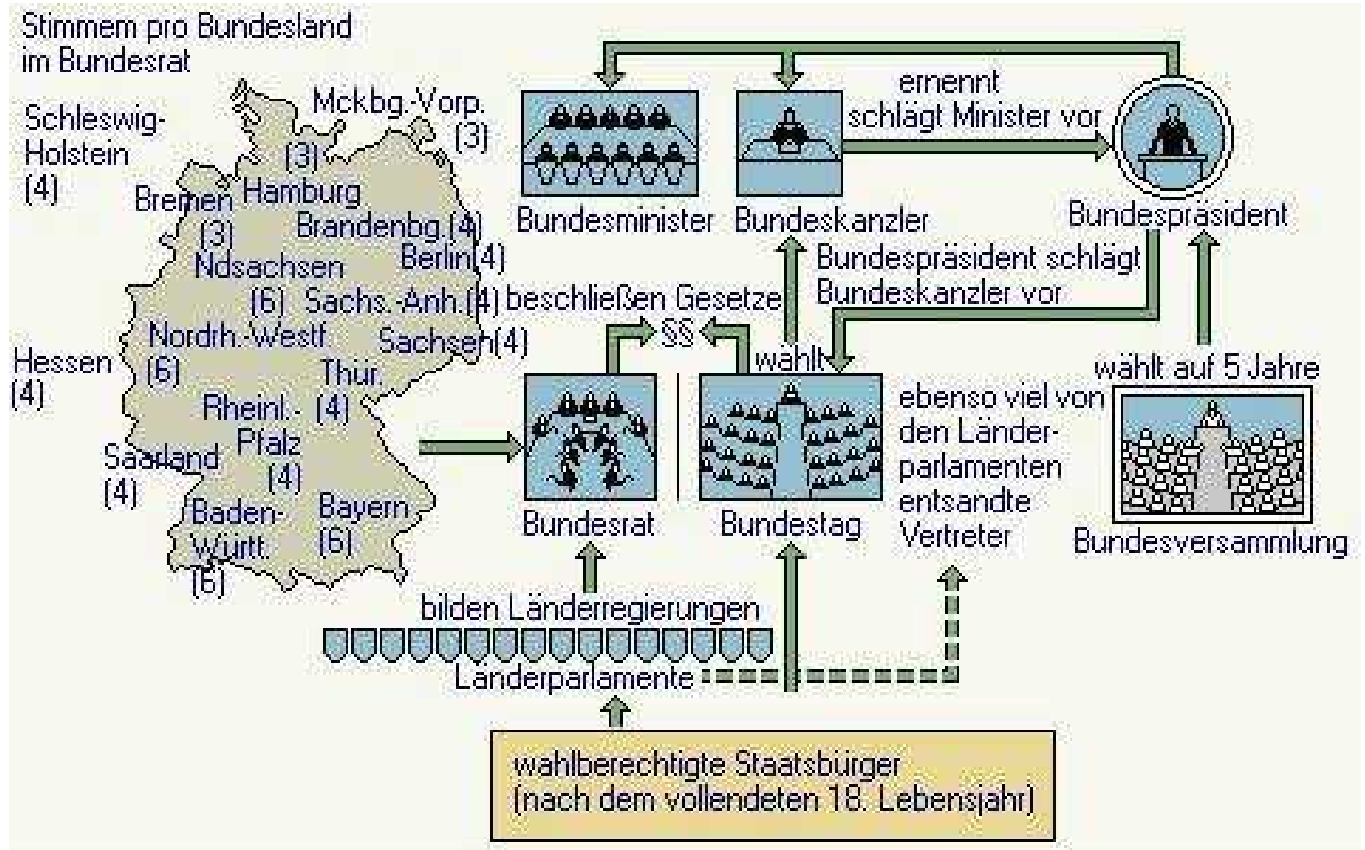
Teilhaberechte

staatsrecht.honikel.de

Quelle: <http://staatsrecht.honikel.de/de/grundrechte.htm>

# DEUTSCHE RECHTSGESCHICHTE

Masaryk Universität Brunn; Juristische Fakultät  
JUDr. Jaromír Tauchen, LL.M.Eur.Integration (Dresden)



Schematische Darstellung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland

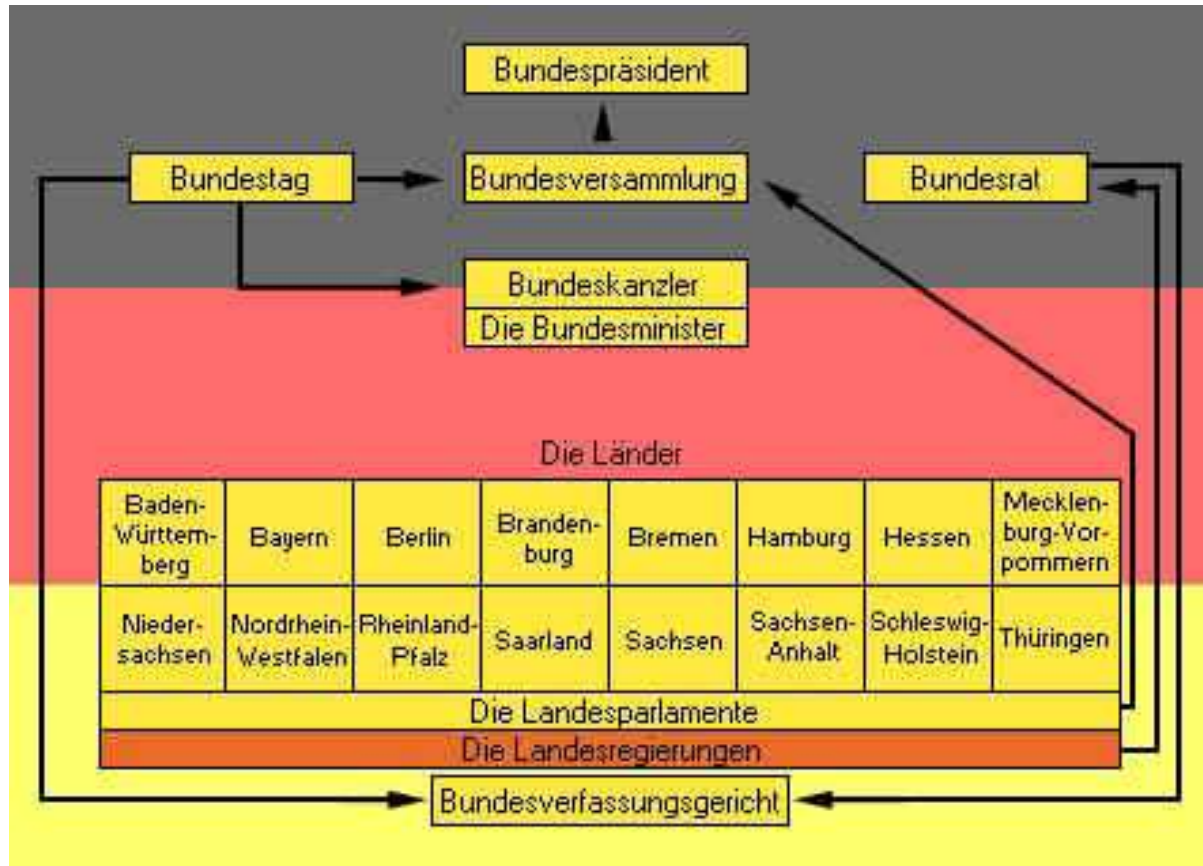
Quelle: [http://www.chr.mergler.bnv-bamberg.de/initiativkreis/bilder/staatssystem-bilder/deutsches\\_staatsystem.JPG](http://www.chr.mergler.bnv-bamberg.de/initiativkreis/bilder/staatssystem-bilder/deutsches_staatsystem.JPG)





# DEUTSCHE RECHTSGESCHICHTE

Masaryk Universität Brunn; Juristische Fakultät  
JUDr. Jaromír Tauchen, LL.M.Eur.Integration (Dresden)

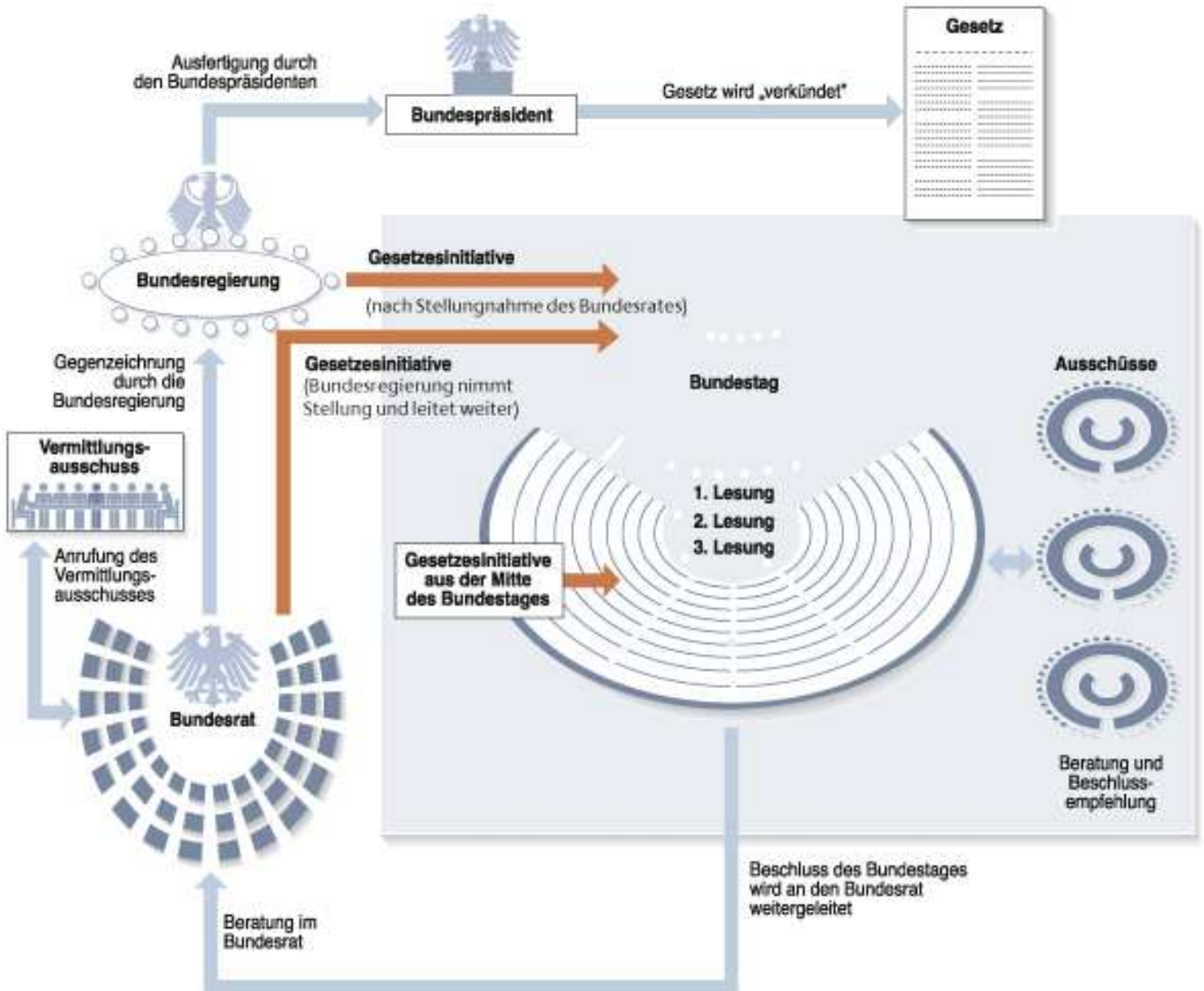


Quelle: [http://www.chr.mergler.bnv-bamberg.de/initiativkreis/bilder/staatssystem-bilder/Deutsches\\_Staatsmodell.jpg](http://www.chr.mergler.bnv-bamberg.de/initiativkreis/bilder/staatssystem-bilder/Deutsches_Staatsmodell.jpg)

# DEUTSCHE RECHTSGESCHICHTE

Masaryk Universität Brunn; Juristische Fakultät  
JUDr. Jaromír Tauchen, LL.M.Eur.Integration (Dresden)

## Bundesgesetz: Vom Entwurf zum Gesetzblatt



Quelle: <http://www.bundestag.de/parlament/funktion/gesetzgebung/index.html>

## 6. WORIN LIEGEN DIE WESENTLICHEN UNTERSCHIEDE ZWISCHEN WEIMARER VERFASSUNG UND GRUNDGESETZ?

Weimarer Verfassung	Grundgesetz
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Grundrechte sind vorhanden, können jedoch nach Art. 48 durch den Reichspräsidenten außer Kraft gesetzt werden;</li> <li>- positiver Rechtsstaat</li> <li>- Plebiszite</li> <li>- Präsidialdemokratie</li> <li>- Möglichkeit der Unterlaufung des Föderalismus,               <ul style="list-style-type: none"> <li>-&gt; Reichsrat hat eine schwache Stellung: nur suspensives Veto</li> </ul> </li> <li>- der Reichstag hat ein Vetorecht gegen Notverordnungen und kann die Reichsregierung stürzen, jedoch: Auflösung des Reichstags durch den RPräsidenten möglich, der RPräsident setzt den RKanzler ein</li> <li>WR: nicht wirklich parlamentarisch -&gt; <b>präsidiales System</b></li> <li>die Verfassung begünstigt den Aufbau einer Diktatur (Art 25, 48, 53)</li> <li>- der <b>Staat</b> steht im Mittelpunkt</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- unabänderliche und einklagbare Grundrechte (Bundesverfassungsgericht)</li> <li>- materialer Rechtsstaat</li> <li>- keine Plebiszite</li> <li>- Kanzlerdemokratie, Gewaltenteilung!</li> <li>- ausgeprägterer Föderalismus               <ul style="list-style-type: none"> <li>-&gt; starke Stellung des Bundesrates: Zustimmungsgesetze</li> </ul> </li> <li>- Parteien wirken bei der polit. Willensbildung des Volkes mit</li> <li>- Bundestag wählt den Bundeskanzler, konstruktives Misstrauensvotum (einziger Weg zum Regierungswechsel während einer Legislaturperiode)</li> <li>BRD: stabiles parlamentarisches Regierungssystem</li> <li><b>wehrhafte Demokratie</b> (Parteienverbot, Unveränderlichkeit von Art 1 u. 20, Verwirkung u. Einklagbarkeit von Grundrechten etc.)</li> <li>der <b>Mensch</b> steht im Mittelpunkt</li> </ul>

Übernommen aus: [http://www.muehe.muc.kobis.de/lfshklkg/av\\_vergleich\\_gg\\_wr.html](http://www.muehe.muc.kobis.de/lfshklkg/av_vergleich_gg_wr.html)

# DEUTSCHE RECHTSGESCHICHTE

Masaryk Universität Brunn; Juristische Fakultät  
JUDr. Jaromír Tauchen, LL.M.Eur.Integration (Dresden)

## ÜBERSICHT: DEUTSCHE VERFASSUNGEN

	<u>Paulskirche 1849</u>	<u>Kaisereich 1871</u>	<u>Weimarer Rep. 1919</u>	<u>Grundgesetz ab 1949</u>
<u>Staatsoberhaupt</u>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Deutscher Kaiser</b></li> <li>- beruft Reichstag ein</li> <li>- löst Reichstag auf</li> <li>- ernennt Reichsregierung</li> <li>- suspensives Veto</li> <li>- Oberbefehl über Heer</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Deutscher Kaiser (Preußischer König)</b></li> <li>- ernennt Reichskanzler</li> <li>- beruft Reichstag ein</li> <li>- löst Reichstag auf</li> <li>- Oberbefehl über Heer</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Reichspräsident</b></li> <li>- vom Volk gewählt</li> <li>- löst Reichstag auf</li> <li>- Ernennung und Entlassung von Beamten</li> <li>- Notverordnungsrecht</li> <li>- Oberbefehl über Heer</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Bundespräsident</b></li> <li>- gewählt von Bundesversammlung (auf 5 Jahre)</li> <li>- Ernennung und Entlassung von Bundesministern</li> <li>- ernennt Bundeskanzler</li> <li>- Volksvertretung</li> </ul>
<u>Ländervertretung</u>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Statenhaus</b> (192 Mitglieder)</li> <li>- auf 6 Jahre bestimmt</li> <li>- Gesetzesbeschlüsse</li> <li>- Ministerverantwortlichkeit</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Bundesrat</b> (58 Vertreter der Reg.)</li> <li>- Veto mit 14 Stimmen</li> <li>- Verwaltungsvorschriften</li> <li>- Zustimmung zu Gesetzen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Reichsrat</b> (66 Stimmen)</li> <li>- Mitglieder aus 18 Ländern</li> <li>- Gesetzesberatung</li> <li>- einforndendes Vetorecht</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Bundesrat</b> (= 68 Stimmen)</li> <li>- Gesetzesbeschlüsse</li> <li>- Vetorecht gegen Gesetzesvorschläge aus Bundestag</li> </ul>
<u>Volksvertretung</u>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Volkshaus</b> (50.000 = 1 Mitglied)</li> <li>- auf 3 Jahre gewählt</li> <li>- Budgetrecht</li> <li>- Gesetzgebung</li> <li>- Ministerverantwortlichkeit</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Reichstag</b> (397 Abgeordnete)</li> <li>- Etabwillingung</li> <li>- Gesetzesinitiative</li> <li>- Gesetzesbeschlüsse</li> <li>- „kontrolliert“ Reichskanzler</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Reichstag</b> (= 647 Abgeordnete)</li> <li>- Gesetzesinitiative</li> <li>- Gesetzesbeschlüsse</li> <li>- einsetzen von Misstrauensvotum</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Bundestag</b> (672 Abgeordnete)</li> <li>- Auf 4 Jahre gewählt</li> <li>- wählt Bundeskanzler</li> <li>- Gesetzesinitiative</li> <li>- Etabwillingung</li> </ul>
<u>Wahlbürger</u>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>männliche Staatsbürger über 25 Jahre</b></li> <li>- wählen Mitglieder des Volkshauses</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>männliche Staatsbürger über 25 Jahre</b></li> <li>- wählen Abgeordnete des Reichstages</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Staatsbürger über 20 Jahren</b></li> <li>- wählen Reichstagsabg.</li> <li>- wählen Reichspräsidenten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Staatsbürger über 18 Jahren</b></li> <li>- wählen Abgeordnete des Bundestages</li> </ul>
<u>Wahlrecht</u>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>allgemeine, gleiche und geheime Wahlen</b></li> <li>- Mehrheitswahlrecht</li> <li>- alle 3 Jahre (Volkshaus)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>allgemeine, gleiche und geheime Wahlen</b></li> <li>- Mehrheitswahlrecht</li> <li>- alle 3 Jahre (ab 1898 alle 5 Jahre) (Reichstag)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>allgemeine, gleiche und geheime Wahlen</b></li> <li>- Verhältniswahlrecht</li> <li>- alle 4 Jahre (Reichstag)</li> <li>- alle 7 Jahre (Reichsrat)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>allgemeine, gleiche und geheime Wahlen</b></li> <li>- Verhältniswahlrecht</li> <li>- alle 4 Jahre (Bundestag)</li> <li>- alle 4 Jahre (Landtag)</li> </ul>
<u>Flage</u>	• <b>schwarz-rot-gold</b>	• <b>schwarz-weiß-rot</b>	• <b>schwarz-rot-gold</b>	• <b>schwarz-rot-gold</b>
<u>Hauptstadt</u>	• <b>Frankfurt</b>	• <b>Berlin</b>	• <b>Berlin</b>	• <b>Bonn/Berlin</b>
<u>Fläche</u>	• <b>545.581 km<sup>2</sup></b>	• <b>540.787 km<sup>2</sup></b>	• <b>468.718 km<sup>2</sup></b>	• <b>356.959 km<sup>2</sup></b>
<u>Einwohner</u>	• <b>29,8 Mio. (1849)</b>	• <b>68,2 Mio. (1914)</b>	• <b>62,6 Mio. (1925)</b>	• <b>83,1 Mio. (2001)</b>

Made for History  2002

by  
m.o.

Quelle: <http://www.zum.de/psm/n45/otte9.php>

---

## 7. DIE ENTWICKLUNG IN DER BRD IN DEN 60ER JAHREN

---

### GROÙE KOALITION CDU/CSU - SPD (KIESINGER/BRANDT) 1.DEZEMBER 1966 - OKTOBER 1969

---

#### ZIELE:

---

- Beseitigung des Haushaltsdefizits
  - Überwindung der wirtschaftlichen Rezession
  - Senkung der Arbeitslosenrate (ca. 0,7 %)
  - Notstandsgesetzgebung -> Herstellen der inneren Souveränität (Art.53a, 87a, 115 a-I GG)
  - Wahlrechtsreform (kommt nicht zustande)
- 

#### MAÙNAHMEN

---

##### - Stabilitätsgesetz:

Bund und Länder verpflichten sich auf die Einhaltung des magischen Vierecks, nämlich zu folgenden 4 wirtschaftspolitischen Zielen ->

- Wirtschaftswachstum
- außenwirtschaftliches Gleichgewicht
- Vollbeschäftigung
- Preisstabilität

- Konzertierte Aktion (bis 1977) = Zusammenarbeit von Unternehmern, Gewerkschaften und Regierung in wirtschaftlichen und sozialen Fragen

- Keynesianismus = antizyklische Wirtschafts- bzw. Konjunkturpolitik

30.5.68: Verabschiedung der Notstandsgesetze = innere Souveränität der BRD

---

#### INNENPOLITISCHE PROBLEME DER GROÙEN KOALITION

---

- Radikalisierungsprozess sowohl auf dem linken (APO, SDS) wie dem rechten politischen Spektrum (**NPD**, sie hatte 1966 bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg 9,8 % bekommen) durch den Widerstand gegen die Notstandsgesetze und die Ausschaltung des Konkurrenzmechanismus zwischen den beiden großen Parteien bzw. dem Fehlen einer richtigen Opposition). Die einzige Oppositionspartei im Bundestag war die FDP.

---

## APO (AUßERPARLAMENTARISCHE OPPOSITION)

---

### Ansatz:

- Kritik an der wenig aufgearbeiteten NS-Vergangenheit der Väter-/Mütter-Generation
- Kritik an der Konsumgesellschaft, die sich als hohl erweist
- Kritik an den tendenziell noch bestehenden antidemokratischen und autoritären Vorstellungen der  
Elterngeneration, die das Sagen hatte
- Kritik an der restriktiven Sexualmoral
- Kritik am Bildungssystem
- Kritik am Vietnamkrieg der USA
- Kritik am Antikommunismus

### Grundlagen:

- Marxismus
- "Kritische Theorie" der "Frankfurter Schule" = Kritik an der kapitalistischen Konsumgesellschaft aus dem  
Geist der Aufklärung heraus ( Adorno, Marcuse, Horkheimer )
- Lehren Mao Tse Tungs (Chef der KP Chinas)

### Forderungen und Ziele:

- tatsächliche statt formaler Demokratie
- Mitbestimmung in Schule, Universität, Arbeitswelt
  
- Freiheit in allen Arten der Lebensgestaltung:
  - sexuelle Freizügigkeit
  - antiautoritäre Erziehung (Kinderladenbewegung)
  - Kunst
  - Wohnform (Wohngemeinschaften, Kommunen)
  
- Beseitigung bzw. Überwindung des kapitalistischen Systems
  
- Frieden ("Make love not war")
  
- Chancengleichheit für die Arbeiter
  
- Beseitigung des Imperialismus und der Ausbeutung der Dritten Welt  
deshalb Sympathie mit den Befreiungsbewegungen z.B. in Vietnam

### Formen:

- Großdemonstrationen (zum Teil gewalttätig)
- Teach-ins

- 
- Sit-ins
  - politische Zirkel
  - Gewalt gegen Sachen als Mittel der Politik

---

## WEITERENTWICKLUNG

---

- führende Gruppe bis 1969: Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) mit seiner charismatischen Führungsfigur Rudi Dutschke (Ostern 1968 von einem rechtsradikalen Attentäter schwer verletzt)
- ab 1969 zerfällt der SDS in verschiedene Gruppen, die in Zielen und Methoden unterschiedlicher Meinung sind:
  - Eintritt in die SPD -> heftige Flügelkämpfe in der SPD bis Ende der 70er Jahre
  - "Marsch durch die Institutionen", um die BRD von innen umzugestalten
  - der radikalste Teil bildet die terroristische Bader-Meinhof-Gruppe bzw. **die RAF** (aktiv bis Anfang der 90er Jahre)

---

## EINSCHÄTZUNGEN

---

- 68er-Bewegung trug zu einer grundlegenden Liberalisierung der BRD-Gesellschaft bei
- 68er-Bewegung wird überschätzt, sie hat ihre Ziele nur ansatzweise erreicht
- 68er-Bewegung hat Staat und Gesellschaft der BRD negativ beeinflusst, heutige Schwierigkeiten (z.B. Kriminalität, ökonomische Probleme, angebliche Bildungsmisere) sind Folgen der durch die APO veranlassten Reformen zu Beginn der 70er Jahre

Dieses Kapitel übernommen aus: [http://www.muehe.muc.kobis.de/lfshklkg/innenpolitik\\_1966-69.html](http://www.muehe.muc.kobis.de/lfshklkg/innenpolitik_1966-69.html)



## 8. WIRTSCHAFT DER BRD



Made for history 2000

by m.o.

Quelle: <http://www.zum.de/psm/n45/otte7.php>